



Die Geschichte des Vereins

BÜRGER GEGEN ATOMREAKTOR GARCHING E.V.

beginnt eigentlich schon im April 1986, als sich die Atomreaktor – Katastrophe in Tschernobyl ereignete. Niemand normal Denkender konnte sich damals vorstellen, dass danach in Deutschland jemals wieder ein ATOMREAKTOR gebaut würde. Doch im gleichen Jahr, an der Öffentlichkeit vorbei,

ergreift die Bayerische Staatsregierung die Initiative beim Wissenschaftsrat für die TU-München einen Forschungsreaktor zu planen.

Der 1957 in Betrieb gegangene Atom-Forschungsreaktor („Atomei“ FRM) der erst 11 Jahre später genehmigt wurde, soll ersetzt werden. Der Reaktor, eigentlich im Süden Münchens geplant, war aber nach Aussage von Prof. Maier-Leibnitz, dort nicht durchsetzbar.

1991 wird eine Studie bekannt, die angeblich keine Auffälligkeit bei Kinder-Leukämie ergab. Verschiedene Fehlannahmen lassen aber darauf schließen, dass die Studie nicht darauf ausgelegt war die Wahrheit zu finden, sondern verschleierte, warum zwischen 1976 und 1981 3 Kinder in der Umgebung des Reaktors an Leukämie gestorben waren.

Das Neubau-Projekt des FRM II wird im Stillen verfolgt bis ein paar Wissenschaftler und Studenten der TU aufmerksam wurden und einige Bürger informieren. Ein Jahr nach Bekanntwerden des geplanten Neubaus findet sich im Sept. 1991 eine Bürgerinitiative zusammen, die am 5. Juni 1992 den gemeinnützigen, eingetragenen Verein „Bürger gegen Atomreaktor Garching E.V.“ gründet. In den Vorstand wurden Frau Ingrid Wundrak, Frau Astrid Leis, Herr Thomas Köchy, Herr Ralf-Steffen Gensecke und Herr Alfred Fischer gewählt. Der Satzungszweck des Vereins gründet in der „Besorgnis über Belastungen und Gefahren, insbesondere durch künstliche Radioaktivität aus kerntechnischen Anlagen und sonstige Gefahren für die Umwelt“.

Dass solche Besorgnisse nicht unbegründet sind hatte sich schon 1990 erwiesen, als bekannt geworden war, dass im Forschungsgelände radioaktives Tritium im Grundwasser gefunden wurde. Als Verursacher stellt sich das Garchinger Zyklotron und der Forschungsreaktor (kondensiertes, radioaktives Tritium aus dem Reaktorkamin) heraus. Wir erfahren von der TU, dass täglich 76 Mio. Bq radioaktives Tritium als Dampf abgegeben und jährlich 2000 Mio. Bq (Americium und Plutonium) in das Abwasser (Isar) geleitet werden.

Ein Jahr später im Oktober 1991 werden Abwasserrohre entdeckt, die über Jahre radioaktive Abwässer aus dem Reaktor und der Radiochemie in die Isar geleitet haben, aber defekt und durchwurzelt waren, so dass auch Radioaktivität mit Wissen der TUM in den Untergrund versickern konnte. Beim Austausch der Rohre mussten ca. 3000 Tonnen kontaminierter Boden „entsorgt“ werden. Von 4000 Bq/Kg ist die Rede.

Politisch steht die Landes-SPD gegen die Planung des neuen Atomreaktors, während

sich Bürgermeister Karl mit seiner SPD-Fraktion, trotz Protest aus der Basis, dafür ausspricht. Die CSU-Fraktion dagegen ist gespalten und stellt sich teilweise gegen die Landesmeinung.

Im Kreistag konnte sich weder für noch gegen die Reaktorplanung eine Mehrheit finden.

Mit dem Vereinsblatt „Kuckucksei“ klärt der Verein die Öffentlichkeit auf. Die erste Ausgabe erscheint im März 1992.

Eine Informationsveranstaltung am 30. März 1993 des Bund Naturschutz mit Fachleuten macht deutlich, dass hier ein wichtiger Bündnispartner steht. Viele andere Organisationen und Anti-Atominitiativen äußern sich ähnlich kritisch zu den Planungen. Zahlreiche Informationsveranstaltungen folgen.

Die vom Verein durch Unterschriften erzwungene außerordentliche Bürgerversammlung am 21. Juli 1993 zeigt, dass die Garchinger Bürger äußerst kritisch diese Pläne betrachten und mehrere Forderungen an den Stadtrat erhoben. Im Oktober 1993 wird das Raumordnungsverfahren für den Neubau von der Regierung positiv abgeschlossen.

Eine vom Verein initiierte Kundgebung mit 3000 Teilnehmern am 13. Nov. 1993 am Bürgerplatz mit anschließendem Demonstrationzug zum alten „Atomei“ betont den Widerstand der Garchinger gegen die Neubaupläne. Das atomrechtliche Verfahren wird dennoch eingeleitet und der Verein überreicht am 28.12.1993 dem Umweltministerium mehr als 50.000 Unterschriften gegen die Reaktorplanung.

Im atomrechtlichen Verfahren werden die Einwände zur Erörterung ab 3.5.1994 in der Rudi-Sedlmayer-Halle in München, sowohl wegen der Gefahren durch den Betrieb (Störfälle, Kernschmelze usw.) als auch während des laufenden Betriebs (ständige Abgabe von Radioaktivität an die Atemluft und die Isar) erhoben.

Thematisiert wird auch besonders die geplante Verwendung von HEU (High Enriched Uranium), also von hoch angereichertem, waffenfähigem Uran. Die westliche Welt hatte beschlossen, unter Führung der USA und Beteiligung der BRD die Verwendung dieses Stoffes in Forschungsreaktoren, zu unterbinden (RERTR-Programm seit 1978) um die Proliferation (=Weiterverbreitung) zu erschweren. Dafür war eigens hoch verdichtetes Uran entwickelt worden. Diese Bemühungen wurden mit dem neuen Reaktor, weltweit einzigartig, unterlaufen, indem dieses hoch verdichtete Uran zusätzlich hoch angereichert (93%) verwendet werden sollte. Dies geschah unter Mißbilligung der USA.

Am 10.2.1996 wird vom Verein ein Bürgerentscheid gegen den Reaktorneubau eingeleitet. Der Garchinger Stadtrat beschließt aber mit Mehrheit die Unzulässigkeit. Die Bürgerinitiative klagt dagegen und erhält in 1. und 2. Instanz Recht. Der Bürgerentscheid muss nach 3-jährigem Rechtsstreit zugelassen werden und wird am 7. März 1999 mit Erfolg durchgeführt.

Die Zuverlässigkeit des Betreibers des Atomreaktors (TÜM), wie sie das Atomgesetz fordert, wird auch in Frage gestellt, als durch Schlampigkeit in einem im Forschungslabor radioaktives Kobalt bis in Privatwohnungen getragen wird.

Eine Mehrheit der Garchinger stimmt im Entscheid gegen den Atomreaktor. Doch Wegen der langen gerichtlichen Verzögerung durch die Gemeinde Garching läuft die

Entscheidung der Garchinger leider ins Leere da der Rohbau schon steht..
Am 9. Juni 2004 erfolgt die offizielle Inbetriebnahme des FRM II durch den Ministerpräsidenten Stoiber, nachdem alle Klagen des Vereins gegen die verschiedenen Verfahrensschritte im Genehmigungsverfahren vom Gericht abgewiesen worden waren.

Der Verein schreibt sich auf die Fahnen, dass durch den harten Widerstand zumindest erreicht wurde, dass der Reaktor eine mehr als 1m dicke Betonhülle erhalten hat und damit wohl gegen den Absturz kleiner Flugzeuge gesichert ist. Auch andere Auflagen zur Sicherheit wären ohne diese Hartnäckigkeit in den Verfahren nicht festgesetzt worden. Da die Planer (TUM und Siemens) die Kompetenz unterschätzten, die sich der Verein angeeignete und hatten sie wohl gehofft mit einem billigeren, wenn auch gefährlicheren Reaktor, ihr Prestigeprojekt durchzusetzen. Diese Fehleinschätzung haben sie auch mit mehreren Jahren Verzögerung bei der Inbetriebnahme bezahlt. Sichtbares Zeichen der Gefahren, die vom FRMII ausgehen sind der hohe Abluft-Kamin und der Wasserturm im Süden des TU-Geländes, der bei einem Unfall, die Windrichtung der radioaktiven Wolke messen soll.

2005 erscheint die Geschichte des FRM II als Buch von Armin Simon „Das Atomare Kuckucksei“ (ISBN 3-9808950-3-3). Er erzählt auf über 400 Seiten wie eine Handvoll Physiker der TUM, zusammen mit der Atomfirma Siemens, genehmigt von der Bayer. Staatsregierung mit Mitteln der Hochschule, diesen Atomreaktor baut. „Überflüssig, teuer und Bomben-gefährlich“.

In vielen Vorträgen, Diskussionen, Demonstrationen, Presseerklärungen, Leserbriefen usw. wird die Haltung des Vereins in die Öffentlichkeit getragen.

Jahrelang beteiligt sich der Verein am Straßenfest der Bürgerwoche mit Informationsständen und Luftballonwettbewerben, die deutlich machten wie weit bei einem Störfall die Radioaktivität verweht werden kann (z.B. Niederösterreich Slovenien, Tirol).

Seit Inbetriebnahme des Reaktors wacht der Verein „Bürger gegen Atomreaktor Garching E.V.“ darüber, ob Störfälle auftreten und ob die Bürger über Unregelmäßigkeiten informiert werden und macht ggf. solche öffentlich.

Es gibt in Garching keine stationäre Sirenenanlage, die die Bürger unmittelbar warnen könnte. Im Katastrophenfall ist ein heilloses Chaos zu befürchten.

Auch die vom Bund beauftragte KiKK- Studie, die nachgewiesen hatte, dass im 5-Km-Umgriff von Atomanlagen bei kleinen Kindern ein erhöhtes Krebsrisiko auftritt und dennoch ohne Folgen für die Reaktoren blieb, gibt den Mitgliedern des Vereins Anlass weiter wachsam zu sein und zu informieren. Die auffällige Häufung von Krebserkrankungen von Erwachsenen in Garching, wohl ausgelöst durch das jetzt stillgelegte „Atomei“, kann nicht bewiesen werden, weil die Behörden keine Untersuchungen durchführen.

Nicht eingelöst ist die Zusage der Wissenschaftler, wie bei der Genehmigung vereinbart, bis 2010 nur noch Mittel angereichertes Uran (MEU) im Betrieb zu verwenden.

Der Verein mit weit über 100 Mitgliedern ist Mitglied im Bundesverband Bürgerinitiativen und der Bayern Allianz 2010 für Atomausstieg + Klimaschutz (Anitatom-Initiativen aller Reaktorstandorte in Bayern)